



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 12.01.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 27.11.2014, 15:30 Uhr bis 18:03 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Margret Dresler-Graf	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausing	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Horst Ladenberger	GRÜNE
Frau Julia Woller	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Dr. Roland Quinten	AfD
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU

Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Alexander Sperling	Synagogen-Gemeinde Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Herr Thomas Welter	CDU

Beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Clemens Wittenbrink	Rheinfetisch e.V.
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Edith Garcia	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Jugendrotkreuz
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Paetzold begrüßt alle Anwesenden. Er weist auf die ausliegenden Tischvorlagen TOP 4.10, TOP 10.2.1, eine Anlage zu TOP 11.1 und eine Anlage zu TOP 4.4 in Farbe, TOP 13.5 hin. Er kritisiert, dass wiederum Vorlagen und diesmal auch die Tagesordnung von der Verwaltung sehr spät den Ausschussmitglieder/innen zugestellt wurden. Er bittet zum wiederholten Male darum, dass dies in Zukunft nicht mehr passieren möge, da ansonsten den ehrenamtlichen Ausschussmitgliedern eine sorgfältige Vorbereitung der Sitzung nicht möglich sei. Er begrüßt den genesenen Herrn Corneth als Kollegen im Ausschuss und Herrn Ruffer in seiner Funktion als Mitglied der Geschäftsführung des Jobcenters.

Frau Gärtner schlägt, vor den TOP 13.5 ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass es Einigkeit im Ausschuss für den Vorschlag gebe, die TOP`s 13.2, TOP 13.3 und den TOP 13.5 in die Beratungsfolge zu schieben.

Für den TOP 13.4 (ehemals TOP 4.8) solle zu einer Sondersitzung eingeladen werden. In der heutigen Sitzung könnten jedoch Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt gestellt werden.

Die TOP`s 3.1, TOP 3.4 und TOP 10.1.1 werden gemeinsam behandelt. Die TOP`s 3.3 und TOP 7.1 werden ebenfalls gemeinsam behandelt.

18.1 ist von der Verwaltung zurückgezogen worden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Er stellt fest, dass die so geänderte Tagesordnung einstimmig beschlossen wird.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Beantwortung der Anfrage DER LINKEN vom 16.05.2014 (AN/0720/2014) zu TOP 10.2.1. aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014
2370/2014

3.2 Beantwortung mündlicher Anfragen zu TOP 3.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 11.09.2014
3303/2014

3.3 Beantwortung mündlicher Anfragen zu TOP 7.1 (Anlage 1) aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 23.10.2014
3334/2014

3.4 Beantwortung weiterer Anfragen zu TOP 10.2.1. zur Sitzung vom 22.05.2014
3386/2014

3.5 Nachfrage aus der Sitzung am 23.10.2014 zur Förderung der Selbsthilfegruppen
3401/2014

4 Mitteilungen

4.1 Strategisches Flächenmanagement und Bodenwirtschaft
Positionspapier des Deutschen Städtetages
1343/2014

4.2 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln Bericht 2013, TOP 4.4 auf der TO der SoSe Sitzung vom 23.10.2014
2634/2014

4.3 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2013 / Landesmodellprojekt "NRW bekämpft Energiearmut"
2626/2014

4.4 Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht gemäß § 16 Absatz 3 des Nordrhein-westfälischen Gesetzes über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz - WTG) für die Jahre 2012/2013
2891/2014

4.5 Bericht der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender
3369/2014

4.6 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren 2014/2015
2668/2014

4.7 Kantinenbetrieb in städtischen Einrichtungen, bereits am 14.11.2013 beschlossen, daher unter Mitteilungen
3451/2014

4.8 Errichtung von Systembauten und Beauftragung von Machbarkeitsstudien für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung, dieser TOP wird unter TOP 13.4 behandelt
2899/2014

4.9 „Aktion Altenpflege Köln“
3355/2014

4.10 Energetische Sanierung des Bürgerzentrums Ehrenfeld
3515/2014

5 Wohnen

- 5.1 Wohnen in Köln, TOP 5.2 auf der TO der SoSe Sitzung vom 23.10.2014
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2013, Ausblick 2014
2976/2014
- 5.2 Pegel Köln 2/2014
Wohnungsbau in Köln 2013
Über 3.000 neue Wohnungen - weiter steigende Preise
3457/2014

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

- 6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020
MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht
3328/2014

7 Jobcenter Köln

- 7.1 Bericht des Jobcenters, TOP 7.1 auf der TO der SoSe Sitzung vom
23.10.2014
2842/2014
- 7.2 Bericht des Jobcenters Köln
3358/2014

8 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

- 8.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 03/2014
3426/2014

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
 - 10.1.1 Verletzung des Sozialgeheimnisses durch das Jobcenter, Beantwortung unter
TOP 3.1
AN/0720/2014
- 10.2 Aktuelle Anfragen
 - 10.2.1 Einstufung in Regelbedarfsstufe 3 SGB XII – Verfristung möglicher Rückforde-
rungsansprüche
AN/1650/2014

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 11.1 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates'
2225/2014
- 11.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2014
3529/2014
- 11.3 Erweiterung des Konzepts "Wir im Quartier - Struktur- und Beschäftigungsprogramm im Stadtviertel" mit Bewilligung eines weiteren Zuschusses
3448/2014
- 11.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2014
2639/2014

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 13.1 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln
2628/2014
- 13.2 Kölner Pilotprogramm zum Einsatz von Integrations- und Arbeitsmarktlotsen
2695/2014
- 13.3 Integriertes Handlungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln-Lindweiler
2404/2014
- 13.4 Errichtung von Systembauten und Beauftragung von Machbarkeitsstudien für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung, dieser TOP stand ursprünglich unter TOP 4.8
- 13.5 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe
- Fortführung des Projekts -
3009/2014

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

- 15.1 Weiternutzung der Flüchtlingsunterkunft Mündelstr. 52, 51065 Köln-Mülheim
2671/2014

- 15.2 Flüchtlingsunterkunft Otto-Gerig-Str., 50679 Köln-Deutz - Umsetzung der Baumaßnahme
2677/2014
- 15.3 Sprachförderprojekt für Flüchtlingskinder in der Notaufnahme Herkulesstraße
3376/2014

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

Der Vorsitzende Herr Paetzold verpflichtet folgende sachkundige Einwohner/innen gemäß § 5 der Hauptsatzung:

Herr Franz Corneth (auf Vorschlag der CDU)

Frau Carolina Brauckmann (auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender)

Herr Clemens Wittenbrink (auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender)

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Beantwortung der Anfrage DER LINKEN vom 16.05.2014 (AN/0720/2014) zu TOP 10.2.1. aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014 2370/2014

Herr Scheffer bedankt sich für die Beantwortung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung mündlicher Anfragen zu TOP 3.2 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 11.09.2014 3303/2014

Frau Heuser bedankt sich für die Beantwortung. Sie fragt nach dem Fallschlüssel im DiMa Bereich.

Herr Dr. Schulz fragt, ob es sich bei dem Angebot der Leistungsdiagnostik durch DiMa Fallmanager für weitere Kunden um einen nicht sichtbaren Leistungsabbau für die eigentlichen DiMa-Kunden handele.

Herr Wagner antwortet, dass die Leistungsdiagnostik für weitere Kunden geöffnet und ausgeweitet wurde. Da dies bei gleichen finanziellen Mittel durchgeführt wurde, bedeutet dies, dass eine Umverteilung der finanziellen Mittel stattgefunden habe. Die Leistungsdiagnostik sei auch für nicht DiMa Kunden zugänglich. Die Fallzahlen im DiMa Bereich beträgt bei den unter 25 jährigen 1 zu 80, bei den über 25 jährigen 1 zu 120.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis

3.3 Beantwortung mündlicher Anfragen zu TOP 7.1 (Anlage 1) aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 23.10.2014 3334/2014

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem TOP 7.1 behandelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung weiterer Anfragen zu TOP 10.2.1. zur Sitzung vom 22.05.2014 3386/2014

Herr Scheffer bedankt sich für die Beantwortung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.5 Nachfrage aus der Sitzung am 23.10.2014 zur Förderung der Selbsthilfegruppen 3401/2014

Frau Hollmann bedankt sich für die Beantwortung.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

**4.1 Strategisches Flächenmanagement und Bodenwirtschaft
Positionspapier des Deutschen Städtetages
1343/2014**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.2 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln Bericht 2013, TOP 4.4 auf der TO der SoSe Sitzung vom 23.10.2014
2634/2014**

Frau Hollmann bedankt sich für die Mitteilung. Sie regt an, dass das Gesundheitsamt in Zukunft aufführe mit welchen Kooperationspartnern und Trägern eine Zusammenarbeit stattfinde. Sie bemerkt, dass es keine nachweislichen Verbesserungen bei der Situation von übergewichtigen Kindern in Köln, trotz zahlreicher Maßnahmen, gebe. Sie bittet darum, dass das Gesundheitsamt eine Darstellung über die durchgeführten Maßnahmen zum Thema „übergewichtige Kinder“ erstelle.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lobt den vorliegenden Bericht und die Quantität und Qualität der durchgeführten Maßnahmen.

Frau Lerchner dankt ebenfalls für den vorliegenden Bericht. Sie stellt fest, dass bei der Schuleingangsuntersuchung 10% der Eltern weder den Impfpass noch die U-Untersuchung vorlegen würden. Sie fragt, ob dieses Verhalten der betroffenen Eltern Konsequenzen nach sich ziehen würde. Weiter stellt sie fest, dass 4 % der Kinder bei der Eingangsuntersuchung keine Deutschkenntnisse aufweisen. Sie fragt, ob und wie die fehlenden Deutschkenntnisse bis zum Beginn des Schuleintritts aufgeholt werden.

Frau Dalheim antwortet, dass der Bericht noch keine konkreten Handlungsempfehlungen aufweise. Ein weiterer Ausbau der Kooperation mit den Krankenkassen zu dem Thema „übergewichtige Kinder“ werde angestrebt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2013 / Landesmodellprojekt "NRW bekämpft Energiearmut" 2626/2014

Frau Schultes dankt für die Mitteilung. Sie fragt, ob es stimme, dass die Mitarbeiter/innen der RheinEnergie sich nicht auf die Menschen individuell einstellen würden, welche Zahlungsrückstände im Energieverbrauch, aufweisen.

Frau Reker antwortet, dass sie die Frage weitergeben werde.

Frau Heuser fragt, wie lange das Projekt „Energiearmut“ noch betrieben werde.

Herr Santelmann antwortet, dass es eine Bewilligung durch das Land NRW bis zum 31.12.2015 gebe.

Herr Detjen teilt mit, dass der Umzug der Verbraucherzentrale abgeschlossen sei. Er kritisiert, dass sich der Bund bei dem Thema „Energiearmut“ überhaupt nicht engagiere.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht gemäß § 16 Absatz 3 des Nordrhein-westfälischen Gesetzes über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz - WTG) für die Jahre 2012/2013 2891/2014

Frau Heuser bedankt sich für die Mitteilung.

Frau Gärtner bemerkt positiv, dass die gesetzlichen Vorgaben wieder eingehalten werden können. Sie fragt, ob Angehörigen bekannt sei, dass sie sich bei der Heimaufsicht beschweren können.

Frau Herrmann antwortet, dass in jedem Heim ein Aushang existiere in dem auf die Heimaufsicht hingewiesen werde. Auf Grund der jahrelangen Erfahrung sei bekannt, dass die Anzahl der Beschwerden schwanke.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass er noch nie einen Hinweis auf die Heimaufsicht in einem der Heime, die er aus beruflichen Gründen besuche, gesehen habe.

Frau Herrmann antwortet, dass ihre Aussage auf einer aktuellen Rücksprache mit einer Mitarbeiterin beruhe, sie diese Aussage aber gerne noch einmal überprüfen werde.

Frau Lerchner fragt, ob die vier befristeten Stellen dauerhaft erhalten bleiben.

Frau Reker antwortet, dass die Personalstellen anzupassen seien, um die gesetzlichen Vorgaben zu erreichen.

Herr Ladenberger dankt für den Bericht. Er bemerkt, dass zu wenige Aussagen, zu Gewalt in den Heimen, in dem Bericht aufgeführt seien. Auch seien keine Konzepte zu diesem Thema in dem Bericht dargestellt.

Frau Herrmann antwortet, dass „Gewalt in der Pflege“ unterschiedliche Formen aufweisen würde. In Zukunft müsse von jeder Einrichtung ein spezifisches Konzept zu diesem Thema erarbeitet und der Heimaufsicht vorgelegt werden.

Frau Schmerbach dankt ebenfalls für den Bericht. Sie fragt, ob der Kriterienkatalog (den Herr Karl Josef Laumann (der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung) bei einer Pflegeveranstaltung ansprach) Grundlage des vorliegenden Berichtes gewesen sei.

Frau Herrmann antwortet, dass Herr Laumann vermutlich über die MDK Prüfungen im Auftrag der Pflegekassen gesprochen habe. Diese sei nicht die Grundlage des vorliegenden kommunalen Berichtes gewesen. Grundlage ist hier der Rahmenprüfkatalog auf der Basis des Wohn- und Teilhabegesetzes des Landes NRW.

Herr Corneth schlägt vor, Herrn Laumann zu einer Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren zu diesem Thema, einzuladen.

Herr Ladenberger bittet darum, dass die Stadt AG Behindertenpolitik in die Beratungsfolge aufgenommen werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Bericht der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender 3369/2014

Frau Woller dankt für den Bericht. Sie fragt;

- Wird die Gay Com auch nächstes Jahr in Köln durchgeführt?
- Wie viele Personen nehmen die Beratung der Dienststelle in Anspruch und lassen sich diese nach Verwaltungsinterne und Verwaltungsexterne Beratungen aufschlüsseln?
- Welche Hilfen sind für Lesben, Schwule und Transgender Flüchtlinge geplant?

Die Verwaltung teilt mit, dass sie diese Fragen schriftlich beantworten werde.

Frau Schmerbach dankt für den Bericht. Sie bittet darum, dass sich die Punktdienststelle Diversity, in einer der nächsten Sitzungen, vorstellen möge.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.6 Angebote der Winterhilfe durch das Amt für Soziales und Senioren
2014/2015
2668/2014**

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Stadt Köln bei der Winterhilfe sehr gut aufgestellt sei und hebt lobend besonders die Mitarbeiter/innen der Verwaltung hervor, die ehrenamtlich die Kältegänge durchführen

Frau Reisinger fragt, wie viele Notschlafstellen es rechtsrheinisch gebe.

Die Verwaltung werde schriftlich auf die Frage antworten.

Frau Heuser drückt ihre positive Anerkennung für die Sozialverwaltung aus, dass diese trotz der hohen Arbeitsbelastung wieder zusätzliche Schlafstellen für die Winterhilfe zur Verfügung stellen konnte.

Frau Schmerbach fragt, ob es zusätzliche Möglichkeiten von Duschen oder Toiletten, vor allem im Rechtsrheinischen, gebe, welche die Obdachlosen benutzen können.

Frau Reker antwortet, dass tatsächlich einige Stellen überlaufen seien. Es sei notwendig ein integriertes Handlungskonzept zu erstellen. Dies sei jedoch eine gesamtstädtische Aufgabe, an der momentan gearbeitet werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.7 Kantinenbetrieb in städtischen Einrichtungen, bereits am 14.11.2013 beschlossen, daher unter Mitteilungen
3451/2014**

Frau Gärtner fragt, ob der Verwaltung bewusst wäre, dass der Inhalt der vorliegenden Mitteilung weder aktuell noch absolut richtig sei.

Frau Reker teilt mit, dass sie Vorlagen aus anderen Geschäftsbereichen nicht korrigieren würde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung darum, dass die Inhalte der Mitteilungen der Realität entsprechen sollten.

Herr Ladenberger kritisiert, dass in der Vorlage vor allem die Hemmnisse beschrieben seien, warum es schwierig für Menschen mit Behinderung sei, einen Kantinenbetrieb in städtischen Einrichtungen zu übernehmen. Auch werde in der Vorlage erläutert, dass es u.U. nicht so gewinnträchtig sei, wenn Menschen mit Behinderung diese Aufgaben übernehmen würden. Die Stadt Köln solle bitte auch andere Überlegungen in ihre Strategien mit einbeziehen, außer dem Streben nach maximalem finanziellem Gewinn. Er bittet um eine schriftliche Mitteilung, wie sich die Stadt Köln und die stadtnahen Gesellschaften zukünftig den Umgang mit „Fair Trade“ Produkten vorstelle. Auch bittet er darum, noch einmal zu klären, ob die Stadt Köln und die stadtnahen

Gesellschaften zukünftig den Kantinenbetrieb durch Integrationsunternehmen betreiben lassen können.

Herr Detjen und Frau Schmerbach schließen sich der Kritik ihrer Vorredner/innen an.

Frau Schmerbach bittet die Verwaltung zu klären, ob die Kantine der Feuerwehr von einem Integrationsbetrieb betrieben werden solle.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bemerkt, dass die Verwaltung den ursprünglichen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sehr eingeschränkt gelesen habe. Er schlägt vor, dass die Politik einen weiteren Antrag zu diesem Thema einreichen werde.

Frau Hollmann fragt, ob es möglich wäre den Stadtdirektor - Herrn Kahlen – zu einer der nächsten Sozialausschusssitzungen einzuladen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, zuerst einen neuen Antrag zu stellen und dann zu prüfen, ob es notwendig sei, Herrn Stadtdirektor Kahlen zu diesem Thema einzuladen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.8 Errichtung von Systembauten und Beauftragung von Machbarkeitsstudien für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung, dieser TOP wird unter TOP 13.4 behandelt 2899/2014

Der TOP wurde in der Tagesordnungsdebatte auf den TOP 13.4 verlegt.

Dieser TOP wird unter TOP 13.4 behandelt

4.9 „Aktion Altenpflege Köln“ 3355/2014

Herr Dr. Schulz bemerkt, dass in Deutschland zu wenig Altenpfleger ausgebildet werden. Er sei froh, dass in Köln Altenpfleger ausgebildet würden. Leider seien die Mietkosten in Köln so hoch, dass interessierte Auszubildende die Ausbildungsstelle nicht antreten würden, da sie sich auf dem freien Wohnungsmarkt keine Wohnung leisten können. Er fragt, was in Zukunft getan werde um dieses Problem zu minimieren.

Herr Santelmann teilt mit, dass in einer der nächsten Sitzungen diese Frage schriftlich beantwortet werde. Er berichtet, dass die Aktion „Altenpflege Köln“ gerade auch bei jungen Menschen auf eine positive Resonanz gestoßen sei.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.10 Energetische Sanierung des Bürgerzentrums Ehrenfeld 3515/2014

Der Vorsitzende Herr Paetzold und Frau Hoyer teilen mit, dass sie den Sinn und die Absicht der vorliegenden Mitteilung nicht ganz deuten können.

Herr Santelmann informiert, dass die Bezirksvertretung Ehrenfeld einen Beschluss gefasst habe, den nach der Zuständigkeitsordnung in der Zuständigkeit des Aus-

schuss Soziales und Senioren fiele. Er schlägt vor, dass soweit der Ausschuss Soziales und Senioren eine Beschlussvorlage befürworte, die Verwaltung eine Beschlussvorlage erarbeiten könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis, und befürwortet, dass zu dieser Thematik in einer der nächsten Sitzungen eine Beschlussvorlage vorgelegt werden solle.

5 Wohnen

5.1 Wohnen in Köln, TOP 5.2 auf der TO der SoSe Sitzung vom 23.10.2014 Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2013, Ausblick 2014 2976/2014

Frau Gärtner stellt fest, dass die geförderten Eigentumsbaumaßnahmen in den letzten Jahren stark rückläufig waren. Sie regt an, in Zukunft wieder vermehrt auf die Eigentumsförderung hinzuweisen, da es für sie ein sehr wichtiger Baustein in der Wohnungsbaupolitik sei.

Herr Ladenberger und Frau Hoyer bemerken, dass weniger Wohnungen gebaut wurden, als in der Zielplanung vorgesehen waren. Sie fragen, ob die Instrumente der Wohnungsbaupolitik in Zukunft wieder besser greifen würden, damit wieder mehr Wohnungen gebaut würden. Für Herrn Ladenberger ist aber auch nicht genügend barrierefreier Wohnraum entstanden.

Herr Detjen fragt die Verwaltung, ob sie eine Einschätzung abgeben könne, wie sich der geförderte Wohnungsbau in Köln im nächsten Jahr entwickeln werde und ob sie eine Übersicht über die Baugenehmigungen habe. Weiter fragt er, um welchen Prozentsatz das Wohngeld angehoben werden müsste, damit ein Ausgleich geschaffen werden kann. Zusätzlich beobachtet er, dass enorme Mietsteigerungen bei älteren Wohnungen zu verzeichnen seien.

Herr Corneth prognostiziert, dass in Köln 30.000 Wohnungen fehlen würden. Er bemängelt eine zu geringe Initiative der Verwaltung bei dem Baulandmodell.

Herr Ferber antwortet, dass die Eigentumsförderung deshalb zurückgegangen sei, weil es u.a. in der Landesförderung eine Verschiebung gab (weg von der Eigentumsförderung) um die finanziellen Mittel für die soziale Mietraumförderung zu stabilisieren. Auch sei die Zinsdifferenz zwischen staatlicher Förderung und Krediten auf dem Kapitalmarkt momentan sehr niedrig, so dass die öffentliche Eigentumsförderung nicht sonderlich attraktiv sei. Auch seien Grundstücks- und Immobilienpreise in Köln extrem hoch im Vergleich mit ländlichen Gebieten. Der wichtige Ratsbeschluss zum Baulandmodell könne 2014 noch gar nicht wirken. Er sehe aber für die nächsten Jahre eine positive Entwicklung im Kölner Wohnungsbau. Zum barrierefreien Wohnungsbau teilt er mit, dass tatsächlich zu wenige barrierefreie Wohnungen gebaut würden. Die Bewilligungen von Baugenehmigungen würden sich zur Zeit positiv entwickeln. Zu dem Thema Wohngeld, Sonderprogramm und Baulandmodell sagt er weitere Mitteilungen für eine der nächsten Sitzungen zu.

Frau Gärtner bittet darum, dass in den Mitteilungen auch aufgeführt werde, wie viele Wohnungen aus Bindungen entfallen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.2 Pegel Köln 2/2014
Wohnungsbau in Köln 2013
Über 3.000 neue Wohnungen - weiter steigende Preise
3457/2014

Herr Dr. Schulz stellt fest, dass die Mietpreise und vor allem die Nebenkosten in Köln weiter steigen. Er befürchtet, dass diese Entwicklung in den nächsten Jahren zu einem enormen Problem werden könne.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020
MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht
3328/2014

Herr Oster weist auf den vorliegenden Gesamtprogrammbericht hin. Die Zielerwartungswerte wurden durchgehend übertroffen. Zu Mülheim 2020 werden drei Berichte vorgelegt.

1. Die Abschlussdokumentation gibt Auskunft darüber, was getan wurde,
2. Der Gesamtstatusbericht gibt Auskunft darüber was, erreicht wurde,
3. Der Evaluationsbericht gibt Auskunft darüber was, bewirkt wurde.

Frau Heuser fragt, ob Gelder zurückgegeben worden seien.

Herr Oster antwortet, dass alle Ausgaben zunächst aus eigenen städtischen Mitteln zu tätigen seien. Die anerkannten und förderfähigen Kosten wurden dann vom Land erstattet. Bei der Bezirksregierung seien alle Landes- und Bundesmittel bis 2014 angemeldet worden und die entsprechenden Zuweisungen werden erwartet. Somit werden keine Gelder zurückgegeben.

Frau Heuser fragt, ob alle Maßnahmen die angepeilte Gesamtsumme von 40 Mio. Euro erreichen werden.

Herr Oster antwortet, dass die gesetzte Obergrenze für alle Mülheim 2020 Maßnahmen tatsächlich 40 Mio. Euro gewesen sei. Diese Grenze werde aus folgenden Gründen nicht erreicht:

- es wurden günstigere Ausschreibungsergebnisse erzielt,
- ein Projekt wurde nicht durchgeführt und zwei weitere Projekte wurden nicht bewilligt (gesamt ca. 6,5 Mio. Euro),
- die Gesamtausgaben werden daher bei ca. 32, 5 Mio. Euro liegen, wobei nicht alle Ausgaben förderfähig seien.

Herr Detjen fragt, ob Projekte weitergeführt werden.

Herr Oster antwortet, dass im Gesamtbericht aufgeführt sei, welche Projekte weitergeführt werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Jobcenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters, TOP 7.1 auf der TO der SoSe Sitzung vom 23.10.2014 2842/2014

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem TOP 3.3 behandelt.

Herr Kersjes bedankt sich für die Beantwortung und für die Qualität des vorliegenden Berichtes. Er fragt, ob es möglich wäre, für das kommende Jahr einen aktuellen Bezug herzustellen.

Herr Wagner sagt dies zu.

Herr Dr. Schulz bedankt sich ebenfalls für den Bericht. Er möchte wissen, ob es Ansätze einer besser planbaren Festlegungsgrundlage gibt, diese zukünftig transparenter zu gestalten.

Herr Detjen erläutert, dass von den 80.702 erwerbsfähigen ALG II-Beziehern vom Jobcenter 14.175 (17,6%) eine „integrationsnahe Profillage“ bestätigt werden. 41.399 (51,3%) befinden sich nach Einschätzung des Jobcenters dagegen in einer komplexen problematischen Situation, so dass für sie die Integration in den (ersten) Arbeitsmarkt ohne weitere unterstützende Massnahmen nicht möglich ist.. Bei weiteren 8.388 (10,4%) werde trotz ihrer Integrationfähigkeit in den Arbeitsmarkt Hilfebedürftigkeit festgestellt. Für 14.988 (18,6%) erwerbsfähige ALG II-Bezieher werde die Aussage getroffen, dass eine Zuordnung zu einem Profil nicht erforderlich sei. In 13.718 Fällen gab es im Jahr 2013 kommunale Eingliederungsleistungen.

Er stellt dazu folgende Fragen:

1. Welche Kriterien werden vom Jobcenter zu der Feststellung herangezogen, dass die Zuordnung zu einem der Profile nicht erforderlich sei und welche Auswirkungen habe dies für die Betroffenen?
Wie werde bei den betroffenen Menschen in einer komplex-problematischen Situation, von denen jede(r) Dritte kommunale Eingliederungsleistungen erhält, entschieden. Welche Möglichkeiten sehe die Verwaltung, dieses Verhältnis zu verbessern.
2. Es fehlen Angebote an die Hilfsbedürftigen. Als Beispiele nennt das Jobcenter Hilfen für psychisch belastete Männer und junge Erwachsene. Welche Angebote fehlen sonst noch oder seien insgesamt zu wenige Angebote vorhanden?
Was werde getan, um diesen Mangel zu beheben.
In 2014 wurde das Angebot aufgrund des reduzierten Budgets weiter eingeschränkt.
Fehlende Unterstützung erfordert aber heute einen größeren Handlungsbedarf.

Frau Hoyer bittet im Bericht für 2014 um eine präzisere Darstellung der Wirkungsanalysen am Beispiel der Förderketten für die Langzeitarbeitslosen.

Herr Wagner sagt dies zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7.2 Bericht des Jobcenters Köln 3358/2014

Frau Heuser fragt nach der Aufschlüsselung der erfolgten Integrationen.

Herr Wagner antwortet, dass es sich ausschließlich um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze handele. Er sagt zu, dass geprüft werde, ob eine Aufschlüsselung in die unterschiedlichen Branchen erfolgen kann. Nachtrag: Eine Aufschlüsselung nach Branchen wird dem Ausschuss in der Sitzung am 15.01.2015 vorgelegt.

Frau Hollmann fragt nach der Höhe des Etats des Eingliederungstitels für das Jahr 2015 und ob Köln von dem neuen Programm des Bundes gegen Langzeitarbeitslosigkeit profitieren könne.

Frau Schmerbach fragt, ob es auch in NRW ein Programm gegen Langzeitarbeitslosigkeit gebe, von dem Köln profitieren könne.

Herr Wagner antwortet, dass der Bund für das Jahr 2015 noch keine genaue Finanzplanung für das Jobcenter zur Verfügung gestellt habe. Er habe aber die (noch nicht bestätigte) Meldung erhalten, dass Köln im Jahr 2015 1,3 Mio. Euro weniger zur Verfügung gestellt bekommen würde, als ursprünglich geplant. Die möglichen Auswirkungen dieser Kürzung müsse er zuerst mit den Trägern diskutieren.

Zu dem ISF Projekt gegen Langzeitarbeitslosigkeit, könne er noch keine abschließende Aussage treffen. Vom Bund werden ca. 800 Mio. Euro für Programme gegen Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt. Es liegen bisher jedoch weder klare Richtlinien noch klare Bewerbungsvorschriften vor. Er sagt jedoch zu, dass das Jobcenter Köln sich für dieses Projekt bewerben werde.

Hinsichtlich des Landesprogramms „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ werden die 20 vom Land NRW geförderten Stellen sehr wahrscheinlich verlängert.

Herr Dr. Schulz fragt, ob die wohnungslosen Menschen, welche eine Jobchance in einem Hotel erhalten, geringfügig beschäftigt werden. Er bittet zu diesem Thema um weitere Informationen und fragt, ob dieses Modell übertragbar sei.

Frau Hoyer befürwortet die Initiative, welches Wohnungslosen die Chance biete, wieder schrittweise Fuß in den Beruf und in die Gesellschaft zu fassen.

Herr Santelmann sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 03/2014 3426/2014

Frau Hoyer dankt für den guten Bericht.

Herr Ladenberger teilt mit, dass am 05.12 von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in Zusammenarbeit mit dem Büro des Behinderten Beauftragten der internationale Tag des Menschen mit Behinderung in der Piazzetta begangen wurde..

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Verletzung des Sozialgeheimnisses durch das Jobcenter, Beantwortung unter TOP 3.1 AN/0720/2014

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem TOP 3.1 und TOP 3.4 behandelt.

10.2 Aktuelle Anfragen

Frau Brauckmann fragt, ob die Ergebnisse der Fachtagung Diversity noch einmal vorgestellt werden können.

Frau Reker antwortet, dass dies gemeinsam mit der Vorstellung der Punktdienststelle Diversity gemacht werde.

Frau Heuser teilt mit, dass in der letzten Personalversammlung der Kölner Museen die Drogenproblematik im Umfeld einiger Kölner Museen (vor allem Rautenstrauch-Joest-Museum) angesprochen wurde. Sie fragt, ob die angedachten Maßnahmen vom Gesundheitsamt zum Schutz der Kölner Bevölkerung von der Verwaltung und der Polizei durchgeführt wurden.

Frau Dahlheim antwortet, dass im Umfeld um das Rautenstrauch-Joest-Museum vermehrt Drogen konsumiert werden. Sie teilt mit, dass einige Maßnahmen umgesetzt wurden. Momentan werde ein weiteres Konzept erstellt.

Frau Reker teilt mit, dass ein mit den Trägern abgesprochener Vorschlag, dem Ausschuss Soziales und Senioren vorgelegt werde.

Herr Ladenberger berichtet, dass das Atelier für Behinderte „KAT 18“ in der Kölner Südstadt eine Ordnungsverfügung des Bauaufsichtsamtes erhalten habe, wonach sämtliche Veranstaltungen bei denen auftretender Lärm aufkommen könnte, untersagt

wurden. Er bittet die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen, den aktuellen Sachstand zu dieser Problematik vorzulegen.

**10.2.1 Einstufung in Regelbedarfsstufe 3 SGB XII – Verfristung möglicher Rückforderungsansprüche
AN/1650/2014**

Die Beantwortung dieser Anfrage wird in eine der nächsten Sitzungen verschoben.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**11.1 'Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates'
2225/2014**

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, dass der Ausschuss Soziales und Senioren über die Beschlussvorlage der Verwaltung heute abstimme. Er bittet die Verwaltung darum, die Vorschläge im Änderungsantrag des Integrationsrates (Anlage 4) aufzuarbeiten und dazu Stellung zu nehmen und diese Stellungnahme rechtzeitig zur nächsten regulären Sitzung vorzulegen

Nach kurzer und intensiver Diskussion schließen sich die Mitglieder/innen des Ausschusses Soziales und Senioren dem Vorschlag des Vorsitzenden Herr Paetzold an.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Fachausschuss bezieht sich auf die in seinem Zuständigkeitsbereich aufgelisteten Maßnahmenempfehlungen im ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramm – Maßnahmenempfehlungen der Expertengruppen und des Integrationsrates‘ und nimmt die entsprechenden Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. alle Maßnahmenempfehlungen, die mit hoher und mittlerer Priorität beurteilt wurden und für die keine Zuweisung zusätzlicher Mittel erforderlich ist (s. Anlage 1, Maßnahmen zu A), kurzfristig umzusetzen bzw. bereits begonnene Maßnahmen fortzusetzen und hierüber dem Fachausschuss und dem Integrationsrat bis Ende 2015 zu berichten,
2. die von der Verwaltung mit hoch priorisierten Maßnahmenvorschläge, die zusätzlicher Ressourcen bedürfen (s. Anlage 2, Maßnahmen zu B), zur abschließenden Beschlussfassung dem Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 vorzulegen,
3. die Maßnahmenempfehlungen, die nicht als erforderlich beurteilt werden bzw. eine mittlere oder geringe Priorität haben (s. Anlage 3, Maßnahmen zu C) nicht umzusetzen.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt den vorliegenden Beschlussvorschlag. Zu den Änderungsvorschlägen des Integrationsrates soll die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren noch einmal schriftlich Stellung nehmen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**11.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2014
3529/2014**

Frau Dierksmeier teilt positiv mit, dass sie gelernt habe, dass Restmittel übertragen werden können. Dies hätte sie sich auch für andere Projekte gewünscht.

Herr Dr. Quinten bemerkt, dass die Maßnahme eventuell bei dem Antirassismus-Programm nicht richtig aufgehoben sein könnte. Er empfinde, dass diese Maßnahme eher einen emanzipatorischen Charakter aufweise.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Für Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Trainings im Jahr 2014 werden in einem dritten Schritt die im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, bei Teilplanzeile 15, Transferleistungen veranschlagten Mittel in Höhe von 1.600 € gemäß Anlage 1 vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**11.3 Erweiterung des Konzepts "Wir im Quartier - Struktur- und Beschäftigungsprogramm im Stadtviertel" mit Bewilligung eines weiteren Zuschusses
3448/2014**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Vorlage zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt in Erweiterung der Beschlüsse vom 23.01.2014 (siehe Vorlage 4101/2013) und 20.03.2014 (siehe Vorlage 0295/2014) den Einsatz weiterer Mittel in Höhe von 37.500 € im Haushaltsjahr 2014 zur Kofinanzierung des Projekts „Förderung von Integration und Interkultur durch Stadtteilkulturarbeit“.

Die gemäß den Erläuterungen im Doppelhaushalt 2013/14 zu Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, des Teilergebnisplans 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen für das Haushaltsjahr 2014 für die Maßnahme „Z für zusätzliche Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung“ veranschlagte Ermächtigung erhöht sich auf nunmehr 117.900 €. Die Finanzierung des zahlungswirksamen Aufwands erfolgt haushaltsneutral aus nicht in voller Höhe in Anspruch genommenen Ermächtigungen in Teilplanzeile 15 desselben Teilergebnisplanes.

Frau Schmerbach nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teil. Sie wird durch Herrn Andreas Pöttgen vertreten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**11.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2014
2639/2014**

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, wer aus dem Unterausschuss Selbsthilfegruppen berichten könne.

Herr Dr. Schulz berichtet, dass der Unterausschuss Selbsthilfegruppen den Jahresbericht der Selbsthilfe-Kontaktstelle 2013 und die Mitteilung über die Förderung von Frauenvereinen im Sozialbereich 2014 einstimmig zur Kenntnis genommen wurde. Die Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2014 und die Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich 2014 seien ohne Gegenstimmen angenommen worden. Er bittet den Ausschuss Soziales und Senioren den Empfehlungen des Unterausschusses Selbsthilfegruppen zu folgen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt dem Unterausschuss für seine Arbeit und ruft die Vorlage zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses Selbsthilfegruppen des Ausschusses Soziales und Senioren sowie des Gesundheitsausschusses, im Haushaltsjahr 2014 die Selbsthilfegruppen im Sozialbereich gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern.

Dazu gehört auch die Förderung von KISS-Gruppen, die ihre Mittel nicht direkt von der Stadt erhalten, sondern über die Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln (ehemals KISS) gefördert werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, im Rahmen der haushaltsrechtlichen Regelungen unverzüglich auszuzahlen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

**13.1 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln
2628/2014**

Frau Dierksmeier stellt fest, dass es zum ersten Mal einen Vertrag mit einer fünfjährigen Laufzeit gebe. Sie würde befürworten, dass so eine Vertragslaufzeit auch für andere Verträge gelte.

Frau Hoyer teilt mit, dass es sich bei der Laufzeit dieses Vertrages um eine begründete Ausnahme handele.

Herr Detjen befürwortet, dass zukünftig, mit den Trägern, Verträge mit einer längeren Laufzeit abgeschlossen würden. Dies würde zu mehr Planungssicherheit bei den Trägern führen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu entscheiden:

Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten Neufassung des Vertrages zwischen der Stadt Köln und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. über die Förderung der Verbraucherberatungsstelle in Köln zu und beauftragt die Verwaltung den Vertrag entsprechend abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**13.2 Kölner Pilotprogramm zum Einsatz von Integrations- und Arbeitsmarktlotsen
2695/2014**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren hat bereits in der Tagesordnungsdebatte beschlossen, den Tagesordnungspunkt ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**13.3 Integriertes Handlungskonzept für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln-Lindweiler
2404/2014**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren hat bereits in der Tagesordnungsdebatte beschlossen, den Tagesordnungspunkt ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

13.4 Errichtung von Systembauten und Beauftragung von Machbarkeitsstudien für konventionelle Wohnhäuser zur Flüchtlingsunterbringung, dieser TOP stand ursprünglich unter TOP 4.8

Herr Detjen fragt, ob in der Vorlage die neuen Flüchtlingszahlen aufgeführt seien. Wie hoch sei die Personalausstattung der Flüchtlingsunterkünfte (Hausmeister, Sicherheitsdienst, Sozialerbeiter/innen)?

Er fragt die Verwaltung, ob Köln im Jahr 2002 bereits 6800 Flüchtlinge aufgenommen habe?

Frau Gärtner fragt, wie viele Menschen die verschiedenen Standorte aufnehmen könnten? Zu dem Standort „Trierer Straße“ fragt sie, ob das gegenüberliegenden Hotel auch zukünftig für Flüchtlinge angemietet werde. Zum Abschluss fragt sie, ob feste Standorte für Flüchtlingsunterkünfte von der Verwaltung zur eventuellen Nutzung geprüft worden seien.

Frau Hoyer bittet, um eine schriftliche, veränderte Darstellung über die Verteilung der Flüchtlingswohnheime in den Kölner Stadtbezirken.

Herr Wiener fragt, ob in diesem Jahr bereits 100 Mio. Euro von der Verwaltung für die „Flüchtlingsproblematik“ ausgegeben habe.

Frau Heuser fragt, ob es nicht mehr Flächen gebe, welche im konventionellen Wohnungsbau für weitere Flüchtlingsunterkünfte zur Verfügung stehen könnten, da bis zum Jahr 2018 bis zu 9.000 Flüchtlinge in Köln zu erwarten seien.

Frau Reker antwortet, auf die Frage von Herrn Detjen, dass es sich um die neuen Flüchtlingszahlen, welche mit dem Flüchtlingsrat besprochen seien, handeln würde. Dies sei jedoch vor drei Wochen gewesen. Aktuell seien in Köln 4988 Flüchtlinge untergebracht. In diesem Monat (November) seien 462 Zuweisungen erfolgt. Sie könne derzeit keine Prognose abgeben, wie hoch in Zukunft die monatlichen Zuweisungen sein werden. Ihr sei bekannt, dass die Erstaufnahme Einrichtungen derzeit vom Land entlastet werden und deshalb mehr Flüchtlinge in Köln ankommen würden. Die Flüchtlingszahlen aus dem Jahr 2002 seien ihr derzeit nicht bekannt.

Die Personalausstattung der Unterkünfte sei pro 80 Flüchtlinge eine Sozialarbeiterstelle. Der Sicherheitsdienst, welcher rund um die Uhr im Einsatz sei, wenn kein anderer Ansprechpartner vor Ort sei, sei nach der Größe der Einrichtung bemessen. Die Standorte der Flüchtlingsunterbringungen seien unterschiedlich groß, es sollen jedoch nicht mehr als 150 Menschen an einem Standort untergebracht werden.

Die Verteilungsdichte sei nicht das einzige Kriterium der Verwaltung für die Suche nach neuen Standorten. Sie schlägt vor, die einzelnen Kriterien in einer der nächsten Sitzungen zu erläutern.

Für dieses Jahr könne sie momentan keine Aussagen über die Gesamtkosten machen.

Es sind mehr Grundstücke einen festen Wohnungsbau, welche auch für Flüchtlingswohnheime, aber auch für anderen Wohnungsbau genutzt werden könne, geprüft worden. Wie diese Grundstücke zukünftig genutzt werden, müsse allerdings noch genauer geprüft werden.

Frau Schultes dankt der Verwaltung für die bisher geleistete Arbeit.

Frau Reisinger fragt, warum für die Heinrich-Rohlmann-Str. 0% Flüchtlinge angegeben werden.

Herr Ferber antwortet, dass nur die Flüchtlinge in städtischen Einrichtungen gemessen werden können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist daraufhin, dass dieser Tagesordnungspunkt in einer eigenen Sondersitzung behandelt werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sondersitzung vor der nächsten Ratssitzung (15.12.2014) einzuberufen.

**13.5 Hauswirtschaftliche Hilfen für alte, kranke und behinderte Menschen zur Vermeidung einer frühzeitigen stationären Hilfe
- Fortführung des Projekts -
3009/2014**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass der Tagesordnungspunkte in der Tagesordnungsdebatte ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben worden sei.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, den Tagesordnungspunkt ohne Votum in die Beratungsfolge zu schieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

**15.1 Weiternutzung der Flüchtlingsunterkunft Mündelstr. 52, 51065 Köln-Mülheim
2671/2014**

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**15.2 Flüchtlingsunterkunft Otto-Gerig-Str., 50679 Köln-Deutz - Umsetzung der Baumaßnahme
2677/2014**

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**15.3 Sprachförderprojekt für Flüchtlingskinder in der Notaufnahme Herkulesstraße
3376/2014**

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.